



# HESSISCHER LANDTAG

15. 11. 2016

Plenum

## Antrag

**der Abg. Dr. Sommer, Alex, Decker, Di Benedetto, Gnagl, Merz, Roth (SPD) und Fraktion**

**betreffend Geburtshilfe in Hessen sicherstellen - Hebammenmangel beseitigen**

Medien berichten seit geraumer Zeit über eine angespannte Versorgungslage in der Geburtsvorbereitung bzw. Geburtsnachsorge und in der Geburtshilfe selbst. Werdende Mütter führen Klage darüber, dass es ihnen nicht gelingt, eine Hebamme/einen Entbindungspfleger für die Betreuung vor und nach der Geburt zu bekommen. Sowohl in den Großstädten als auch in ländlich strukturierten Gebieten ist nach Angaben von Hebammenorganisationen, Elternverbänden und Fachleuten aus der Wissenschaft mittlerweile von einem deutlichen Mangel auszugehen, da viele Hebammen aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten aufgegeben haben.

Auch in Bezug auf die geburtshilfliche Versorgung in Krankenhäusern werden Mängel sichtbar. So haben in den letzten Jahren mehrere Stationen schließen müssen, da die fachlichen und wirtschaftlichen Vorgaben nicht mehr zu erfüllen waren. Das Ministerium für Soziales und Integration hält nach eigenen Angaben Fahrtzeiten von bis zu 45 Minuten zur nächsten Geburtshilfe für zumutbar.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt Klagen von Eltern, insbesondere von werdenden und jungen Müttern, über einen Mangel an Betreuung durch Hebammen in der Geburtsvorbereitung und der Geburtsnachsorge in Hessen sehr ernst und bedauert, dass der Hessische Sozialminister die geäußerten Sorgen mit dem Hinweis auf nicht bekannte Daten beiseitegelegt hat.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein laufend zu aktualisierendes Hebammenregister zu erstellen, um den Bestand zu erfassen. Nur mithilfe eines Registers, in das alle verfügbaren Hebammen und Geburtshelfer eingetragen sind, kann festgestellt werden, ob und in welchen Bereichen Hessens Unterversorgung besteht.
3. Der Landtag ist der Auffassung, dass es nach der Erstellung dieses Registers einer schonungslosen Analyse der Versorgungssituation bedarf. Dabei ist die Landesregierung gefordert, Planzahlen für die Versorgung mit Hebammen und Entbindungspflegern vorzulegen, die die Situation in den hessischen Regionen beschreiben.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung des Weiteren auf, ein Konzept für die geburtshilfliche Versorgung vorzulegen. Darin ist darzulegen, welche geburtshilflichen Stationen welche Bereiche Hessens versorgen sollen und wie dabei die Bedürfnisse der werdenden Eltern berücksichtigt werden. An der Erarbeitung des Konzepts sind der Hessische Hebammenverband, die Landesärztekammer, eine Vertretung der Gynäkologinnen und Gynäkologen sowie eine der Kinderärztinnen und Kinderärzte, die Krankenkassen, die Krankenhausgesellschaft sowie eine Vertretung der (werdenden) Eltern wie z.B. Mother Hood zu beteiligen.

## Begründung:

Verlässliche Zahlen über niedergelassene Hebammen liegen dem Hessischen Sozialministerium nach eigenen Angaben nicht vor, da Hebammen Änderungen ihrer Tätigkeit nicht anzeigen müssen. Daher ist es dringend erforderlich, ein entsprechendes, ständig zu aktualisierendes Register über niedergelassene Hebammen bzw. Geburtspfleger einzurichten und dabei auch die Einsatzgebiete zu erfassen (Geburtshilfe, Geburtsvorbereitung, Betreuung nach der Geburt).

Geburtshilfestationen an Krankenhäusern müssen landesweit in Hessen in erreichbarer Nähe zur Verfügung stehen. Gerade im ländlichen Raum sind die Fahrtzeiten mittlerweile ein Problem, da einige Geburtshilfestationen geschlossen wurden. Es muss daher dringend überprüft werden, ob die Versorgung in der Geburtshilfe in Hessen noch gesichert ist.

Wiesbaden, 15. November 2016

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**

**Dr. Sommer**  
**Alex**  
**Decker**  
**Di Benedetto**  
**Gnagl**  
**Merz**  
**Roth**